

FOODSHARE – IHRE RECHTEN UND PFLICHTEN

SIE HABEN DAS RECHT AUF EINE SCHRIFTLICHE MITTEILUNG von dieser Behörde, bevor Ihre FoodShare-Leistungen eingestellt oder gekürzt werden. In den meisten Fällen erhalten Sie mindestens 10 Tage vor Inkrafttreten solcher Maßnahmen eine entsprechende Mitteilung per Post.

SIE HABEN DAS RECHT,

- sofort einen Antrag zu erhalten und diesen Antrag bewilligen zu lassen;
- sich von einer erwachsenen Person, die mit Ihrer Situation vertraut ist, dabei helfen zu lassen, FoodShare-Leistungen zu beantragen und zu verwalten;
- Ihre FoodShare-Leistungen innerhalb von 30 Tagen nach der Antragstellung zu erhalten, sofern Sie die Anforderungen erfüllen;
- Ihre FoodShare-Leistungen innerhalb von 7 Tagen zu erhalten, sofern Sie die Anforderungen für einen beschleunigten Service erfüllen;
- nicht diskriminiert zu werden aufgrund von Alter, Geschlecht, Race, Hautfarbe, Behinderung, Religionszugehörigkeit, nationaler Herkunft und politischer Überzeugungen;
- dass Ihre Bürgerrechte gewahrt werden;
- vom Behördenpersonal mit Respekt behandelt zu werden;
- dass Ihre persönlichen Informationen vertraulich behandelt werden;
- sich von Ihrer Behörde alles erklären zu lassen, was Sie nicht verstehen;
- vorab informiert zu werden, falls Ihre FoodShare-Leistungen reduziert oder eingestellt werden, und den Grund für diese Änderungen zu erfahren;
- Aufzeichnungen der Behörde zu Ihrer Person einzusehen, es sei denn, es handelt sich um Informationen aus einer vertraulichen Quelle;
- sich eine Kopie der FoodShare-Regeln aushändigen zu lassen;
- eine faire Anhörung zu beantragen, falls Sie mit der Entscheidung der Behörde nicht einverstanden sind. Eine faire Anhörung gibt Ihnen die Gelegenheit, einem Anhörungsbeauftragten zu erläutern, warum Sie der Meinung sind, dass der Beschluss über Ihren Antrag oder Ihre Leistungen falsch war.

IHRE PFLICHTEN

- Sie müssen beim Beantragen von FoodShare-Leistungen alle Fragen vollständig und wahrheitsgemäß beantworten. Sie müssen namentlich unterschreiben, um unter Strafe von Meineid und Falschaussage zu bestätigen, dass alle Antworten der Wahrheit entsprechen.
- Sie müssen Nachweise bereitstellen, wenn Sie dazu aufgefordert werden.
- Sie müssen Änderungen in Bezug auf ein Haushaltseinkommen mitteilen, das über 130 % der Armutsgrenze ([Federal Poverty Level](#), FPL) liegt. Diese Mitteilung wird unter Ihrem Schriftverkehr aufgelistet. Sie müssen eine Mitteilung an Ihr FoodShare-Büro machen, wenn die Arbeitsstunden eines Haushaltsmitglieds, das zeitlich begrenzte FoodShare-Leistungen bezieht, unter 80 Stunden pro Monat sinken.
- Sie dürfen keine Änderungen an QUEST-Karten oder FoodShare-Dokumenten vornehmen.
- Sie dürfen Ihre FoodShare-Leistungen, -Dokumente und die QUEST-Karte nicht verkaufen, eintauschen oder verschenken.
- Sie dürfen FoodShare-Leistungen nur für den Kauf zulässiger Artikel verwenden.

Personen, die gegen die FoodShare-Regeln verstoßen, müssen mit dem Ausschluss vom Programm, einer Geldstrafe, einer Gefängnisstrafe oder allen drei Konsequenzen rechnen.

SIE KÖNNEN EINEN ANTRAG AUF EINE FAIRE ANHÖRUNG IN BEZUG AUF IHRE FOODSHARE-LEISTUNGEN STELLEN, falls Sie mit einer Maßnahme Ihrer Behörde nicht einverstanden sind. Die faire Anhörung können Sie schriftlich, telefonisch oder persönlich bei Ihrer FoodShare-Behörde beantragen. Die Behörde gibt Ihnen Auskunft über die Regeln der Anhörung. Daneben können Sie eine faire Anhörung auch beim Department of Administration, Division of Hearings and Appeals, PO Box 7875, Madison, WI 53707-7875 per Post oder telefonisch unter 1-608-266-7790 beantragen. Gemäß Wis. Admin. Code § HA 3.03 muss Ihre Anfrage innerhalb von 90 Tagen nach der Entscheidung der Behörde bezüglich Ihres FoodShare-Antrags eingehen – oder zu einem beliebigen Zeitpunkt während des Bezugs von FoodShare-Leistungen.

Wenn Ihr Antrag auf eine faire Anhörung vor dem Wirksamkeitsdatum der Entscheidung bei der Division of Hearings and Appeals (Abteilung für Anhörungen und Einsprüche) eingeht, werden Ihre FoodShare-Leistungen in den meisten Fällen

nicht eingestellt oder reduziert, bis eine Entscheidung über Ihren Einspruch getroffen wurde. Falls in diesem Zeitraum eine andere Änderung vorgenommen wird, die nicht mit Ihrem Einspruch im Zusammenhang steht, können sich Ihre FoodShare-Leistungen ändern. In diesem Fall erhalten Sie erneut einen Brief bezüglich der neuen Änderung. Falls Sie mit der Entscheidung der fairen Anhörung nicht einverstanden sind, können Sie Einspruch einlegen und eine zweite faire Anhörung beantragen. Sollte die Entscheidung, die im Rahmen der fairen Anhörung getroffen wird, zur Einstellung oder Reduktion Ihrer Leistungen führen, müssen Sie ggf. die Leistungen zurückzahlen, die Sie während der Bearbeitung des Einspruchs erhalten haben. Sie können beantragen, die Leistungen in diesem Zeitraum auszusetzen.

Bei der Anhörung oder Verhandlung **KÖNNEN SIE SICH SELBST VERTRETEN ODER EINE VERTRETUNG** durch einen Anwalt, einen Bekannten oder eine andere Person Ihres Vertrauens bestimmen. Die Kosten für Ihren Anwalt werden von uns nicht übernommen. Es stehen Ihnen jedoch möglicherweise kostenlose Rechtsdienstleistungen zu, sofern Sie die entsprechenden Anforderungen erfüllen.

Falls Sie oder Ihr Vertreter ohne triftigen Grund nicht zum Anhörungstermin erscheinen/erscheint, wird Ihr Einspruch als zurückgezogen erachtet und abgewiesen.

ÜBERPRÜFUNG PER COMPUTER: WENN SIE LEISTUNGEN ODER SERVICES IN ANSPRUCH NEHMEN, müssen Sie diese Regeln befolgen:

Die von Ihnen bereitgestellten Informationen werden mithilfe von Computerprogrammen abgeglichen. Diese Informationen werden auch dazu verwendet, die Einhaltung der Programmregeln zu überwachen und das Programm zu verwalten. Wenn Sie in einem Arbeitsverhältnis stehen, wird das von Ihnen angegebene Einkommen per Computer mit dem Einkommen abgeglichen, das von Ihrem Arbeitgeber beim Department of Workforce Development (Ministerium für Personalentwicklung) gemeldet wurde. Auch die folgenden Behörden werden ggf. kontaktiert, um Informationen über Ihr Einkommen und Ihre Vermögenswerte zu erhalten: Internal Revenue Service (Bundessteuerbehörde), Social Security Administration (Verwaltung Sozialversicherung), Unemployment Insurance Division (Abteilung Arbeitslosenversicherung) und Department of Transportation (Verkehrsministerium).

FOODSHARE – WARNUNG VOR STRAFEN

Jedes Mitglied Ihres Haushalts, das absichtlich gegen eine der folgenden Regeln verstößt, kann nach dem ersten Verstoß 12 Monate lang von FoodShare ausgeschlossen werden. Nach dem zweiten Verstoß oder nach einem ersten Verstoß, der mit Betäubungsmitteln im Zusammenhang steht, kann der Ausschluss 24 Monate betragen. Der dritte Verstoß kann zum endgültigen Ausschluss führen. Dies gilt in folgenden Fällen:

- Wenn eine Person falsche Informationen angibt oder Informationen verschweigt, um FoodShare-Leistungen zu erhalten oder zu verlängern
- Wenn eine Person FoodShare-Leistungen verkauft, eintauscht oder stiehlt
- Wenn eine Person FoodShare-Leistungen verwendet, um andere Artikel als Lebensmittel zu kaufen, wie z. B. Alkohol oder Tabak, Schusswaffen, Munition oder Sprengstoff
- Wenn eine Person Lebensmittel weiterverkauft, die sie zuvor mit FoodShare-Leistungen gekauft hat
- Wenn eine Person FoodShare-Leistungen gegen Bargeld eintauscht
- Wenn eine Person FoodShare-Leistungen, Identitätsnachweise oder sonstige Dokumente einer anderen Person verwendet

Je nach Wert der missbräuchlich verwendeten Leistungen kann zudem eine Geldstrafe von bis zu 250.000 US-Dollar, eine Gefängnisstrafe von bis zu 20 Jahren oder beides auferlegt werden. Außerdem können Sie von einem Gericht für weitere 18 Monate vom FoodShare-Programm ausgeschlossen werden. Bei einer Verurteilung wegen illegalen Handels mit FoodShare-Leistungen im Wert von mindestens 500 US-Dollar erfolgt ein endgültiger Ausschluss. Wenn sich herausstellt, dass Sie falsche Angaben in Bezug auf Ihre Identität oder Ihren Wohnsitz gemacht haben, um gleichzeitig mehrere Leistungen zu beziehen, werden Sie für 10 Jahre vom FoodShare-Programm ausgeschlossen. Auf der Flucht befindliche Verbrecher und Personen, die gegen Bewährungsauflagen verstoßen, können keine FoodShare-Leistungen beziehen. Sie unterliegen möglicherweise auch einer weiteren Strafverfolgung gemäß anderen relevanten Bundesgesetzen.

Falls Sie FoodShare-Leistungen für den Handel mit (Kauf oder Verkauf von) Betäubungsmitteln oder Drogen verwenden, werden Sie beim ersten Verstoß für einen Zeitraum von 2 Jahren und beim zweiten Verstoß endgültig vom FoodShare-Programm ausgeschlossen. Falls Sie FoodShare-Leistungen für den Handel mit (Kauf oder Verkauf von) Schusswaffen, Munition oder Sprengstoff verwenden, werden Sie endgültig vom FoodShare-Programm ausgeschlossen.

USDA-Gleichbehandlungsklausel

In Übereinstimmung mit den US-bundesrechtlichen Menschenrechtsgesetzen und den Menschenrechtsbestimmungen und -vorschriften des U.S. Department of Agriculture (USDA) ist es dem USDA, seinen Behörden, Geschäftsstellen und Mitarbeitern sowie Organen, die an USDA-Programmen beteiligt oder mit deren Administration befasst sind, untersagt, aufgrund von Ethnie, Hautfarbe, nationaler Herkunft, Geschlecht, Religionszugehörigkeit, Behinderung, Alter, politischer Einstellung oder Repressalien bzw. Vergeltungsmaßnahmen wegen früherer Menschenrechtsaktivitäten in einem vom USDA durchgeführten oder finanzierten Programm oder einer Aktivität zu diskriminieren.

Personen mit Behinderungen, die für Programminformationen alternative Kommunikationsmittel benötigen (z. B. Blindenschrift, Großdruck, Audio-Bänder, Gebärdensprache usw.), sollten sich mit der einzelstaatlichen oder lokalen Behörde, bei der sie Leistungen beantragt haben, in Verbindung setzen. Personen, die taub, hörbehindert oder sprachbehindert sind, können sich durch den Federal Relay Service unter (800) 877-8339 mit dem USDA in Verbindung setzen. Darüber hinaus können Programminformationen in anderen Sprachen als Englisch zur Verfügung gestellt werden.

Um im Zusammenhang mit dem Programm eine Beschwerde wegen Diskriminierung einzureichen, füllen Sie bitte den [Beschwerdebogen wegen Diskriminierung des USDA-Programms](#) (AD-3027) aus, der online unter <https://www.ascr.usda.gov/filing-program-discrimination-complaint-usda-customer> und in jedem USDA-Büro erhältlich ist, oder Sie können dem USDA in einem Brief alle in dem Formular angeforderten Informationen zukommen lassen. Eine Kopie des Beschwerdeformulars können Sie telefonisch unter (866) 632-9992 anfordern. Senden Sie Ihr ausgefülltes Beschwerdeformular oder den Brief wie folgt an das USDA:

- (1) Per Post: U.S. Department of Agriculture
Office of the Assistant Secretary for Civil Rights
1400 Independence Avenue, S.W.
Washington, D.C. 20250-9410
- (2) Per Fax: (202) 690-7442 oder
- (3) Per E-Mail an program.intake@usda.gov.

Diese Agentur ist ein Dienstleister, der Chancengleichheit bietet.